

## **US: Menschenrechte im UK im vergangenen Jahr verschlechtert**

Die USA berichten von einer Verschlechterung der Menschenrechte im Vereinigten Königreich im vergangenen Jahr, kritisieren Einschränkungen der Meinungsfreiheit und Gewaltandrohung durch Antisemitismus.



Die Trump-Administration hat einen Bericht veröffentlicht, der behauptet, dass sich die Menschenrechte im Vereinigten Königreich im vergangenen Jahr „verschlechtert“ haben. Der jährliche **Bericht**, Teil der globalen Umfrage des US-Außenministeriums zu Menschenrechten und für das Kalenderjahr 2024, kritisiert „ernsthafte Einschränkungen“ der Redefreiheit sowie Bedrohungen von Gewalt, die durch Antisemitismus motiviert sind.

# **Menschenrechte im Vereinigten Königreich**

Während andere Berichte in der Reihe ebenfalls von einem Rückgang der Menschenrechte in Ländern wie Frankreich und Deutschland berichteten, ist die Liste der Beanstandungen im Vereinigten Königreich deutlich umfangreicher. Dies unterstreicht den wahrgenommenen Rückschritt in der Ära der sozialen Medien.

## **Einschränkungen der Redefreiheit**

Im Hinblick auf die Redefreiheit im Vereinigten Königreich stellte der US-Bericht fest, dass „die Regierung im Allgemeinen dieses Recht respektierte“, jedoch „spezifische Bereiche von Besorgnis“ bestehen, einschließlich Einschränkungen bei politischer Rede, die als „hasserfüllt“ oder „anstößig“ eingestuft wird.

## **Reaktionen der britischen Regierung**

Ein Sprecher der britischen Regierung erklärte, dass die Redefreiheit „von entscheidender Bedeutung für die Demokratie“ sei und dass man „stolz darauf sei, Freiheiten zu fördern und gleichzeitig die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten“. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar behauptete Vizepräsident JD Vance, dass die Redefreiheit in Europa „in der Defensive“ sei und nannte Großbritannien als ein Land, in dem die „grundlegenden Freiheiten“ der Bürger ins „Visier“ geraten seien.

## **Gewalt und ihre Folgen**

Der Bericht hob die Reaktion der jungen Regierung von Premierminister Keir Starmer auf die Ermordung von drei Schulmädchen durch Axel Rudakubana, dem britischen Sohn ruandischer Migranten, in der nordenglischen Stadt Southport im letzten Jahr hervor. Die Morde und Fehlinformationen über die

Identität des Täters führten zu **anti-immigration Riots** im ganzen Land, wobei einige versuchten, ein Hotel, das Asylsuchende unterbrachte, in Brand zu setzen, während Menschen sich darin aufhielten.

## **Behördliches Eingreifen**

Nach den Morden von Southport „intervenierten Regierungsvertreter wiederholt, um die Rede über die Identität und Motive des Angreifers zu dämpfen“, heißt es in dem Bericht. Obwohl der Bericht eine böswillige Absicht seitens der britischen Regierung andeutet, wandten die Staatsanwälte bestehende Gesetze an, um Äußerungen zu bestrafen, die als „unanständig oder grob anstößig“ galten.

## **Rechtliche Konsequenzen für Redefreiheit**

Um die Unruhen zu stoppen, versprach Starmer – ein ehemaliger Direktor der Staatsanwaltschaft – dass die Beteiligten die „volle Härte des Gesetzes“ zu spüren bekommen würden. In diesem Sommer wurden fast 2.000 Menschen festgenommen und mehr als 1.000 Menschen angeklagt. Obwohl die Unruhen nach der ersten Empörung schnell nachließen, kritisierten viele auf der britischen Rechten die Reaktion der Regierung als übertrieben und als einen Versuch, konservative Ansichten zum Schweigen zu bringen.

## **Gesetzesdurchsetzung und Zensur**

„Während viele Medienbeobachter die Durchsetzung dieser Gesetze nach den Angriffen von Southport als ein besonders schwerwiegendes Beispiel für staatliche Zensur bezeichneten, war die Zensur gewöhnlicher Briten zunehmend Routine und oft auf politische Äußerungen gerichtet“, erklärte der Bericht weiter. So wird die Verurteilung von Lee Joseph Dunn zu acht Wochen Gefängnis für „das Posten eines Memes, das einen Zusammenhang zwischen Migranten und Gewaltverbrechen

suggerierte“, angeführt. Dunn bekannte sich schuldig, Nachrichten gesendet zu haben, die als „großzügig anstößig“ eingestuft wurden und die Staatsanwälte warnten, das Risiko einer „Verschärfung der Spannungen in der Gemeinschaft“ zu erhöhen.

## **Beispiele von politischer Zensur**

Dunns Fall war nicht einzigartig. In einem weiteren prominenten Fall wurde Lucy Connolly, eine Mutter und ehemalige Nanny, zu 31 Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem sie zur Massendeportation aufgerufen und gefordert hatte, Hotels, die Migranten beherbergten, in Brand zu setzen. „Wenn das mich rassistisch macht, ist es so“, postete sie damals auf X.

## **Forderung nach einem Umdenken**

Während das Vereinigte Königreich behauptet, einen Ausgleich zwischen dem Schutz der Redefreiheit und der Sicherheit der Bürger zu schaffen, ist Vance der Meinung, dass das Land in dieser Hinsicht versagt hat. Bei einem Treffen letzte Woche mit dem britischen Außenminister David Lammy äußerte der Vizepräsident, dass er nicht wolle, dass andere Länder „uns auf einem sehr dunklen Pfad folgen, den wir unter der Biden-Administration eingeschlagen haben“, indem sie konservative Ansichten zensieren. Nach Vances Rede in München und seinen jüngsten Interventionen haben viele in Großbritannien ihn der Heuchelei beschuldigt und auf die Inhaftierung von Studenten durch die Trump-Administration wegen pro-palästinensischer Äußerungen hingewiesen sowie auf rechtliche Schritte gegen Sender, die als feindlich erachtete Berichterstattung anprangerten.

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**